

Mai 2020

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Genfer Großwetterlage

Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen
Mitte Februar 2020 – Mitte Mai 2020

Olaf Wientzek, Diana Peters, Sarah Ultes

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf einige ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Spätestens seit Mitte März dominiert der Kampf gegen COVID-19 nahezu komplett die Agenda aller namhaften in Genf vertretenen internationalen Organisationen¹. Diese Bemühungen standen auch bei der Weltgesundheitsversammlung am 18./19. Mai im Fokus. Hier konnte trotz erheblicher geopolitischer Spannungen im Umfeld des virtuellen Treffens eine ehrgeizige Resolution verabschiedet werden. Doch auch darüber hinaus gab es einige bemerkenswerte Entwicklungen im multilateralen Genf, nicht zuletzt durch die überraschende Rücktrittsankündigung des WTO-Generaldirektors Roberto Azevêdo.

Globale Gesundheit – Wegweisende Weltgesundheitsversammlung

Auf der 73. Weltgesundheitsversammlung (WHA), die am 18.-19. Mai in verkürzter Form und erstmals virtuell abgehalten wurde, verabschiedeten die 194 Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine wegweisende Resolution², um die COVID-19-Pandemie gemeinsam durch kollektive, globale Maßnahmen zu besiegen. Anstelle des eigentlich geplanten Themas "Pflegekräfte und Hebammen" stand der Kampf gegen die globale Pandemie neben der (Teil-)Neuwahl des Exekutivrats³ im

Vordergrund. Eine Fortsetzung der verkürzten Sitzung der WHA ist Ende des Jahres (voraussichtlich im November) geplant.

Die konsequente Botschaft während des zweitägigen Treffens der Gesundheitsminister aller WHO-Mitgliedsstaaten – einschließlich der 14 an den Eröffnungs- und Abschlussitzungen teilnehmenden Staatsoberhäupter (darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel) – war die globale Einheit als mächtigstes Instrument zur Bekämpfung der Pandemie. Die von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten initiierte und von mehr als 140 Ländern mitgetragene Resolution ist eine konkrete Manifestation dieses Aufrufs und eine Roadmap zur Kontrolle des Pandemieausbruchs. Sie fordert eine Intensivierung der Bemühungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Bekämpfung der Pandemie. Die Umsetzung würde eine koordiniertere, kohärentere und gerechtere Reaktion auf die Pandemie gewährleisten, die sowohl Leben als auch Existenzgrundlagen rettet. Die Resolution unterstreicht die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit unter dem Dach der Vereinten

technisch qualifiziert sind und jeweils von einem Mitgliedstaat benannt werden, welcher Mitglied der Weltgesundheitsversammlung ist. Die Mitgliedstaaten werden für drei Jahre gewählt. Die Neuwahl eines Teils des Verwaltungsrats, in dem auch Deutschland sitzt, sind folgende Länder: Botswana, Ghana, Guinea-Bissau, Madagaskar, Kolumbien, Indien, Russland, Vereinigtes Königreich, Oman, Republik Korea.

¹ Ausführliche Analysen zu den Vorgängen in den multilateralen Organisationen in Genf mit Bezug auf COVID-19 finden Sie auf der [Homepage](#) des Genfer Büros der KAS.

² Die angenommene Resolution ist [hier](#) abrufbar

³ Der Verwaltungsrats (Executive Board)³ der WHO besteht aus 34 Personen, die im Gesundheitsbereich

Nationen zur Reaktion auf die Krise. UN-Generalsekretär Guterres kritisierte bei der WHA das weltweit uneinheitliche Vorgehen. Hingegen wurden die WHO und auch ihr Generaldirektor Tedros Ghebreyesus von zahlreichen Mitgliedsstaaten in ihren Videobotschaften demonstrativ für ihre führende Rolle bei der Steuerung der Reaktion auf diese Krise gelobt. Die Schlüsselrolle der WHO als Koordinatorin der Krise und ihre Verantwortung, einen gerechten Zugang und eine gerechte Verteilung aller wesentlichen Gesundheitstechnologien und -produkte zur Bekämpfung des Virus zu sichern, wird dabei – u.a. von der Bundeskanzlerin – unterstrichen.

Die zentralen Passagen der Resolution betreffen das Bekannnis zu einem freiwilligen Bündeln von Patenten sowie die Forderung nach gleichem Zugang zu Impfstoff und Therapeutika. Explizit wird auch die Möglichkeit der Umgehung internationalen Patentrechts festgehalten (Erwähnung der Nutzung entsprechender Bestimmungen des TRIPS-Übereinkommens). Das ist durchaus ein weitgehender Schritt – u.a. die USA hatte versucht, diesen Passus zurückhaltender zu gestalten. Ebenfalls wichtig: Viele Regierungschefs und Minister auch größerer Länder stufen künftige COVID-19-Impfstoffe als globales öffentliches Gut ein: das impliziert Erschwinglichkeit und freien Zugang.

Die Resolution betont die Förderung der vom privaten Sektors und von Regierungen finanzierten Forschung und Entwicklung. Dies beinhaltet offene Innovation in allen relevanten Bereichen und den Austausch aller relevanten Informationen mit der WHO. Eine wichtige Rolle könnte die von Costa Rica vorgeschlagene COVID-19-Technologieplattform sein, die am 29. Mai starten wird und die darauf abzielt, die Zugangsbarrieren zu wirksamen Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitsprodukten zu beseitigen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Resolution ist die von vielen Ländern geforderte unparteiische, unabhängige und umfassende Untersuchung und Evaluierung der globalen Reaktion aller Regierungen und internationalen Gremien auf die Pandemie, einschließlich, aber nicht

beschränkt auf die Arbeit der WHO. Die Resolution unterstreicht dabei, dass in der gegenwärtigen Situation das akute Krisenmanagement Vorrang hat. Zudem soll sowohl die Entstehung und Ausbreitung der Pandemie untersucht werden, als auch eine Überprüfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften von 2005 erfolgen. Lehren aus der aktuellen Krise sind essentiell, um die globale Gemeinschaft für mögliche zukünftige Pandemien und Gesundheitskrisen zu stärken. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte die Bedeutung besserer Frühwarnmechanismen und Präventionsmaßnahmen und mehr Forschungsk Kooperation. Ein Zeitrahmen für die Untersuchung wurde nicht festgelegt. Tedros bekräftigte bei der WHA, er würde eine unabhängige Bewertung zum frühesten geeigneten Zeitpunkt initiieren.

Bemerkenswert war zudem, dass mehrere Mitgliedstaaten in den Videobotschaften die Frage einer nachhaltigeren Finanzierung der WHO aufgriffen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn mahnte zudem, man müsse die WHO unabhängiger von externer Einflussnahme machen. Er kündigte an, dass Deutschland mit Frankreich ein Konzept zur WHO-Reform vorlegen und während der EU-Ratspräsidentschaft weiter entwickeln würden.

Die Annahme der Resolution ist als Erfolg der WHA zu werten. Selbst wenn die Umsetzung natürlich von den Mitgliedstaaten abhängt, so kreiert sie doch ein wichtiges politisches Momentum. Im Vorfeld der WHA hatten nicht wenige Beobachter gefürchtet, dass geopolitische Spannungen vor allem zwischen den USA und China die WHA komplett überlagern würden. Dies bestätigte sich nicht in dem zuvor befürchteten Maße. Dennoch spielte der Zwist wiederholt eine Rolle. Der Auftritt der beiden globalen Schwergewichte hätte jedenfalls unterschiedlicher kaum sein können.

Zwar blockierte die USA die Resolution nicht und distanzierte sich lediglich von mehreren Formulierungen der Resolution – u.a. Forderungen nach einem allgemeinen, schnellen und gleichberechtigten Zugang zum Impfstoff und dem Aufruf zur Bündelung von Patenten.

Forderungen zum Verzicht auf geistige Rechte würden zudem "die falsche Botschaft an Innovatoren senden, die für die Lösung, (...) von wesentlicher Bedeutung sind". Dennoch waren die USA das einzige Land, welches sich dezidiert kritisch äußerte: Auf der WHA trug Gesundheitsminister Alex Azar nochmals die Gründe für die Eskalation der Pandemie vor: Die WHO habe darin versagt, früh genug die nötigen Informationen über den Ausbruch von China zu beschaffen. Für öffentliches Aufsehen sorgte zudem ein während der WHA von Trump auf Twitter veröffentlichter Brief an WHO-Chef Tedros, der nochmal meist bereits bekannte Vorwürfe gegen die WHO erhebt. Zudem droht der US-Präsident mit einer Einstellung der Zahlungen und einem Überdenken der Mitgliedschaft in der WHO, wenn diese nicht innerhalb von 30 Tagen Reformvorschläge vorlegten. Tedros ging während der WHA nicht auf den Brief oder die Vorwürfe ein. Er verwies im Nachgang lediglich auf einen Bericht des für die Gesundheitsnotfallprogramme der WHO zuständigen unabhängigen Aufsichtsgremiums: dieses hatte die Führung durch die WHO im Rahmen der Krise gelobt und vor einer wachsenden Politisierung der Antwort auf die Pandemie gewarnt.

Ganz anders China: Die WHO hatte sowohl Trump als auch den chinesischen Präsidenten Xi Jinping als teilnehmende Staatsoberhäupter an den Eröffnungs- und Abschlussitzungen der WHA angefragt. Trumps Absage bot Xi Jinping eine Plattform, um seine Unterstützung für die Resolution zu bekräftigen und direkt zwei Milliarden US-Dollar für die Corona-Bekämpfung für die nächsten zwei Jahre anzukündigen. China verpflichtete sich zudem, der ganzen Welt den Impfstoff gegen COVID-19 zur Verfügung zu stellen, sollte China ihn als erstes Land entwickeln. Xi Jinping verteidigte sein Land gegen Vorwürfe und Kritik, die China eine Vertuschung des Ausbruches vorwerfen und betonte, man habe stets mit Offenheit (!) und Transparenz (!!) reagiert.

Die von 13 Ländern im Vorfeld der WHA erhobene Forderung nach einer WHA-Teilnahme Taiwans als Beobachter, die auch von den USA, Neuseeland, Japan, Kanada und Australien

gestützt, von Peking und seinen Verbündeten aber empört abgelehnt wurde, ist hingegen auf die Folgesitzung im November vertagt. Noch am Wochenende hatte es offenbar intensive diplomatische Bemühungen gegeben, um einen offenen Eklat bei der zeitlich knapp bemessenen WHA zu dieser Frage zu verhindern.

Welthandelsorganisation – Personalschock in stürmischen Zeiten

Nachdem die WTO mit der Aussetzung des Berufungsgerichts im Dezember einen schweren Schlag hinnehmen musste, sollte das erste Semester ganz im Zeichen intensiver Verhandlungen mit Blick auf die für Juni in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan vorgesehene Ministerkonferenz stehen. Diese sollte einen frischen Impuls für den Welthandel und auch ein Signal der Handlungsfähigkeit für die WTO setzen. COVID-19 durchkreuzte jedoch auch diese Pläne. Die Ministerkonferenz wurde verlegt und wird voraussichtlich erst im Sommer 2021 oder gar Ende 2021 stattfinden.

Am 14. Mai erklärte dann überraschend der seit sieben Jahren amtierende WTO-Generaldirektor, Roberto Azevedo seinen Rücktritt zum 31. August 2020. Seine Amtszeit hätte planmäßig noch genau ein weiteres Jahr gedauert. Für den Schritt führte er neben persönlichen Gründen auch einen strategischen an: Die als besonders wichtig angesehene Ministerkonferenz müsse angemessen vorbereitet werden. Parallele Personaldiskussionen um seine Nachfolge im kommenden Jahr würden dies torpedieren. Trotz dieser nachvollziehbaren Begründung kommt die Demission zu keinem günstigen Zeitpunkt:

1. Sie verstärkt den in der Öffentlichkeit seit der Streitschlichtungskrise herrschenden Eindruck einer krisengeschüttelten und kaum noch handlungsfähigen WTO.

2. Auch wenn viele Dossiers derzeit nicht weiterverhandelt werden können, so spielt die WTO eine wichtige Rolle im Kampf gegen (oft nicht ordnungsgemäß gemeldete) handelsbeschränkende Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Zuge der COVID-19-Krise.

3. Es gibt keine Garantie, dass die Nachfolge bis Ende August tatsächlich auch geregelt ist. Nimmt man die monatelange Hängepartie rund um den Vorsitz der Fischereiverhandlungen Ende 2019 als Maßstab, ist eine schnelle Einigung ein ehrgeiziges Unterfangen.

Um die Position dürfte ein heftiger Wettbewerb entbrennen. Um möglichst doch eine zeitnahe Lösung zu finden, wurde nur ein knappes Zeitfenster für Bewerbungen vorgegeben: vom 8. Juni bis zum 8. Juli. Das Rennen scheint offen. Es zirkulieren nicht nur in Genf bereits zahlreiche Namen vor allem europäischer und afrikanischer Kandidaten. Bislang haben der stellvertretende WTO-Generaldirektor Yonov Frederick Agah (Nigeria), der mit langjähriger WTO-Erfahrung ausgestattete Ägypter-Schweizer Abdelhamid Mamdouh und der Botschafter Benins bei der UN, Eloi Laourou ihren Hut in den Ring geworfen. Daneben ist der Name von Amina Mohamed (Kenia) zu vernehmen, die bereits 2015 als damalige kenianische Außenministerin eine WTO-Ministerkonferenz in Nairobi ausgerichtet hatte. Afrikanische Vertreter pochen darauf, dass die Zeit für den ersten Generaldirektor aus ihrem Kontinent reif ist. Vertreter aus den USA, Kanada und der EU argumentieren hingegen, dass es nun wieder Zeit für einen Kandidaten aus den Industrieländern sei. Es kursieren mithin auch die Namen europäischer Vertreter: der ehemalige britische EU-Handelskommissar Peter Mandelsson, die neue spanische Außenministerin Arancha Gonzalez Laya, oder auch die niederländische Außenhandels- und Entwicklungsministerin Sigrid Kaag. Sollte es trotz des festen zeitlichen Rahmens für die Nominierung nicht gelingen, bis Ende August einen Nachfolger zu finden, würde einer der vier Stellvertreter – neben Agah sind dies Alan Wolff (USA), Yi Xiaozhun (China) oder der Deutsche Karl Brauner – den Posten vorübergehend ausfüllen.

Bei der Wahl des künftigen Generaldirektors geht es um mehr als nur eine pure Personalfrage, sondern auch um eine Richtungsentscheidung für den künftigen Kurs der Organisation: Der Brasilianer Azevêdo galt als Diplomat der sich mit Rücksicht auf die Mitgliedstaaten meist eher vermittelnd äußerte. Nicht wenige wünschen sich – gerade aufgrund der Anzeichen eines weltweit

zunehmenden Protektionismus – eine offensivere und politischere Positionierung der WTO. In jedem Fall erwartet den Nachfolger eine Herkulesaufgabe: Das Vorantreiben einer grundlegenden Reform der WTO, wichtiger Verhandlungen in den Bereichen elektronischer Handel und Landwirtschaft bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf eine Balance zwischen den Konkurrenten USA und China. Gesucht wird daher nicht nur ein Kandidat, der glaubhaft die Modernisierung der WTO vorantreiben kann, sondern auch jemand, der politische Autorität und idealerweise ministerielle Erfahrung mitbringt. Sollen Fortschritte bei der WTO-Reform erfolgen, wird es ein Kandidat sein müssen, mit dem Washington leben kann.

Die WTO war zuletzt in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Zwar drängten einige Mitgliedstaaten auf die Fortsetzung von Verhandlungen in digitalen Formaten. Andere, vor allem viele kleinere Länder, lehnten dies nicht zuletzt aus Kapazitätsgründen ab. Dennoch waren die vergangenen Monate bei der WHO alles andere als ereignisfrei: Angesichts eines drohenden Einbruchs des Welthandels in diesem Jahr von 13 bis 32% stemmt sich die WTO gegen ausufernden Protektionismus durch ihre Mitgliedstaaten und bemüht sich um Transparenz bei den handelsbeschränkenden Maßnahmen ihrer Mitglieder⁴. Bislang vermied die WTO es, einzelne Staaten offen an den Pranger zu stellen. Nicht wenige Beobachter bemängelten diese zurückhaltende Positionierung. Einige mitgliedstaatliche Vertreter äußern sich hingegen lobend zur Rolle der WTO in dieser Krise.

Trotz der für die WTO und den Welthandel stürmischen Großwetterlage gab es in den vergangenen Monaten immer wieder Initiativen, die Anlass zur Hoffnung geben: Gerade demographisch oder wirtschaftlich mittelgroße Mitgliedstaaten wie Kanada, die Schweiz, Neuseeland oder Singapur lancierten mehrere Initiativen, in denen sich jeweils eine Gruppe von WTO-Mitglieder verpflichtet, keine zusätzlichen exportbeschränkenden Maßnahmen auf medizinische Ausrüstung zu erlassen oder weltweite Nahrungsmittellieferketten zu unterbrechen. Selbst im Bereich der Streit-schlichtung gibt es einen kleinen Lichtblick: So

⁴ https://www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/export_prohibitions_report_e.pdf

einigten sich am 30. April 19 WTO-Mitglieder, darunter auch einige Schwergewichte wie die EU, China, Kanada, Australien, Mexiko und Brasilien, auf ein vorläufiges Berufungsverfahren für Handelsstreitigkeiten. Dieses Verfahren stützt sich auf bestehende WTO-Regeln und soll nur so lange zur Anwendung kommen, bis das Berufungsorgan wieder funktionsfähig ist. Insgesamt erhielt diese Lösung erheblich mehr Resonanz, als viele Stimmen zuvor vermutet hatten.

Menschenrechte & Allianz für den Multilateralismus

Eigentlich war vom 24. Februar bis zum 20. März der 43. Menschenrechtsrat geplant. Bereits eine gute Woche später wurden die üblicherweise zahlreichen Neben-Events abgesagt, was vor allem bei den NGOs auf Unmut stieß. Zehn Tage später folgte auch die Suspendierung aller weiteren Sitzungen. Einzig die Ergebnisse der 34. Universellen Periodischen Staatenprüfung (UPR) von 14 Staaten⁵ sowie die Ernennung von 19 neuen Sonderberichterstatern und unabhängigen Experten⁶ konnte noch im Konsens verabschiedet werden.

Mit einem dreitägigen high-level Panel, bei welchem über 90 Vertreter von Staaten und internationale Organisationen teilnahmen, hatte der Rat zunächst sehr hochrangig begonnen. In einem Aufruf forderte UN-Generalsekretär António Guterres eine Kultur der Menschenrechte ein und identifizierte sieben Prioritäten⁷. Er mahnte Staaten vor einer selektiven Beachtung von Menschenrechten und rief dazu auf, diese als Voraussetzung, und nicht als Hindernis für staatliche Souveränität zu begreifen. Guterres rief zu einem menschenrechtsbasierten Multilateralismus auf. Am Rande des Rates tagte die unter anderem von Deutschland und Frankreich lancierte Initiative der "Allianz für den Multilateralismus"⁸ - unter Beisein der Außenminister beider Länder. Im

Vordergrund stand eine der sechs Initiativen der Allianz, der so genannte "Humanitarian Call for Action" (CfA) sowie die Bekämpfung von Straflosgigkeit. Außenminister Heiko Maas betonte die besondere Verantwortung Deutschlands, welches derzeit zugleich Mitglied im Menschenrechtsrat und im UN-Sicherheitsrat ist und stellte zudem sechs Millionen Euro für das chronisch unterfinanzierte Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (OHCHR) in Aussicht. Das Event der Allianz traf in Genf auf reges Interesse, auch von diplomatischen Vertretern aus Ländern, die bislang nicht der Allianz angehören.

Das Büro des Menschenrechtsrats begreift die COVID-19-Pandemie auch als besondere Herausforderung für das gesamte Menschenrechtssystem und entwickelte durch seine Experten zahlreiche Leitlinien für Staaten im Umgang mit der Krise⁹. Im Fokus stand die Forderung nach inklusiveren Ansätzen, um besonders verwundbare Gruppen vor Diskriminierung, struktureller Ungleichheit oder versperrten Zugängen zum Gesundheitssystem zu schützen. Zentral sei die Wahrung substantieller sozioökonomischer Rechte, um sozialen Unruhen vorzubeugen, als auch grundlegender politischer und ziviler Rechte angesichts des Missbrauchs von Ausnahmeregelungen in zahlreichen Ländern. Als ehemalige Ärztin und Gesundheitsministerin meldete sich auch die Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet in den letzten Wochen regelmäßig zu Wort und entwickelte Kriterien für einen verantwortlichen Weg aus dem Lockdown¹⁰.

Düsterer humanitärer Ausblick

Schon vor Ausbruch von COVID-19 wurde 2020 von mehreren internationalen Organisationen als das Jahr der schlimmsten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg angesehen. Mit der globalen Rezession und den nationalen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus stehen nun Millionen in Gefahr, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Neben „Hunger-Pandemien“ in mehreren Ländern drohe u.a. laut dem Amt der VN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

⁵ Überprüft wurde die Menschenrechtslage in Italien, El Salvador, Gambia, Bolivien, Fidschi, San Marino, Iran, Angola, Kasachstan, Madagaskar, Irak, Slowenien, Ägypten, Bosnien und Herzegowina.

⁶ Eine Übersicht über die neuen Sonderberichterstatter und Unabhängigen Experten findet sich [hier](#)

⁷ Die Rede finden Sie [hier](#) und den gesamten Aufruf [hier](#)

⁸ Mehr Informationen zu den sechs Initiativen finden sich [hier](#) und zu Teilnehmern [hier](#)

⁹ Alle Veröffentlichungen, Leitlinien und besten Praktiken finden sich auf der [COVID-19 Homepage](#)

¹⁰ Die fünf Kriterien sind [hier](#) einsehbar

(OCHA) eine Zunahme sozialer Unruhen und Konflikte; Entwicklungsfortschritte von mehreren Jahrzehnten könnten bald zur Disposition stehen. In einer konzertierten Aktion wurde daher noch im März ein Globaler Humanitärer Reaktionsplan (GHRP) zur Bekämpfung von COVID-19 in den am stärksten gefährdeten Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen verabschiedet. Der ursprüngliche Bedarf aller humanitären UN-Organisationen musste jedoch innerhalb weniger Wochen von 2 auf 6,7 Mrd. US-Dollar nach oben korrigiert werden und umfasst nun insgesamt 63 Länder¹¹.

Das Gelegenheitsfenster, welches UN-Generalsekretär Guterres mit seinem Ruf nach einer globalen Waffenruhe nach Kräften aufzustoßen versuchte, wird sich wohl – trotz der anfangs überraschend großen Resonanz – bald ohne größere Erfolge schließen. Weitere Bemühungen um Friedenslösungen im Mediationsstandort Genf waren in den letzten Monaten ins Stocken geraten. Zuletzt verkündete der UN-Sondergesandte für Syrien, Geir Pedersen jedoch die Bereitschaft des syrischen Verfassungskomitees Verhandlungen erneut aufzunehmen, sobald Reisen nach Genf wieder möglich sind. Virtuelle Treffen kämen indes nicht in Frage.

ILO warnt vor sozialen Folgen der Krise

Auch in der Arbeitswelt hat die COVID-19-Pandemie tiefe und weitreichende Auswirkungen. Derzeit sind laut ILO rund 68% der Arbeitnehmer weltweit von den Lockdown-Maßnahmen betroffen. Während im ersten Quartal Arbeitsstunden im Umfang von 130 Mio. Vollzeitstellen verloren gingen, rechnet die ILO für das zweite Quartal mit einem Anstieg auf bis zu 305 Mio. Vollzeitstellen weltweit. Bei den Einkommensverlusten sei insbesondere der informelle Sektor überproportional betroffen. Nahezu zwei Mrd. Menschen und damit mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer weltweit liefen Gefahr, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Die relative Armut könnte in Industrieländern um bis zu 21% und in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen um bis zu 56% ansteigen. Die ILO rief daher zu Soforthilfen so-

wie zu Maßnahmen zur Unterstützung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen, zur Stimulation der Wirtschaft, zum Schutz am Arbeitsplatz sowie zu einem engen Dialog zwischen Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf. Mittel- und langfristig forderte ILO-Generaldirektor Guy Ryder eindringlich, die nun offengelegten Ungleichheiten und Unsicherheiten der Arbeitswelt zu adressieren.

Personalpolitik – Dämpfer für China

Am 9. Mai wurde Daren Tang (Singapur), als Nachfolger des Australiers Francis Gurry zum neuen Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) ernannt. Bei der Wahl am 4. März hatte er sich in der zweiten Abstimmungsrunde gegen die von China ins Rennen geschickte stellvertretende Generaldirektorin der WIPO, Wang Binying, mit 55 zu 28 recht deutlich durchgesetzt. Vorausgegangen waren emsige diplomatische Bemühungen von Ländern des globalen Westens, vor allem auch der USA, eine chinesische Kandidatin an der Spitze der WIPO zu verhindern. Einer der Gründe war offenbar ihre zweifelhafte Unabhängigkeit von Peking. Letztlich kristallisierte sich heraus, dass Tang wohl die besten Chancen gegen Wang Binying haben würde, was zu einer breiten Unterstützung seiner Kandidatur führte.

Notiz am Rande: im April meldete die WIPO, dass China die USA mit der Zahl eingereicherter Patente überholt hat.

Kommentar

Die Stärkung der globalen Stellung Chinas und Pekings Wille, in sich bietende strategische Lücken vorzustoßen, lässt sich nicht erst seit diesem Jahr im Mikrokosmos der multilateralen Organisationen in Genf beobachten. Die Ankündigung Chinas, zwei Mrd. US-Dollar im Kampf gegen die Folgen der Pandemie zu investieren, ist ein Beispiel. Wenn sich die USA zurückziehen oder sie als unsicherer Kantonist wahrgenommen werden, wird der Vorwurf eines übermäßigen Einflusses Pekings in internationalen Organisationen langfristig zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Die Wahl von Daren Tang zum WIPO-Chef zeigt aber, dass Chinas Einfluss nicht unbe-

¹¹ Der aktualisierte GHRP ist [hier](#) verfügbar

grenzt ist und der globale Westen durchaus seine Prioritäten durchsetzen kann, wenn er an einem Strang zieht und rechtzeitig die Abstimmung mit anderen Akteuren sucht.

Während die Auswirkungen der geopolitischen Rivalität zwischen den USA und China auf die Arbeit multilateraler Organisationen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, sind in den letzten Monaten immer wieder Initiativen durch andere Akteure vorgebracht worden. Bei der Bekämpfung von COVID-19 spielte die EU in den vergangenen Wochen eine zunehmend wichtige Rolle, sei es durch die Unterstützung der globalen Initiative der WHO („ACT Accelerator“) zur Beschleunigung des Kampfs gegen die Pandemie mit einer internationalen Geberkonferenz Anfang

Mai oder durch die Erarbeitung einer weitreichenden Resolution für die WHA. Im WTO-Kontext war die EU treibende Kraft für die Schaffung einer Zwischenlösung bei der Streitschlichtung. Doch auch andere Akteure brachten sowohl in der WHO als auch in der WTO immer wieder wichtige Initiativen voran, seien es Kanada, die Schweiz, Neuseeland, Singapur oder Costa Rica. Die aus einem Rückzug der USA aus diesen Gremien entstehenden Lücken werden diese Länder nicht komplett füllen können. Dennoch sorgten sie zuletzt nicht unerheblich dafür, dass die internationale Gemeinschaft zumindest überhaupt Antworten auf die riesigen Herausforderungen durch die Krise formulieren kann.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,

CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)